

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223,
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 75/76.

Berlin, Sonnabend, 16. September 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Zukunftsgedanken. — Kriegswirtschaft. — Kriegs-
einkauf und Arbeiterkraft. — Allgemeine Rundschau.
— Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Zukunftsgedanken.

Die Regelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege ist bereits heute Gegenstand eingehender Vorschläge und Beratungen. Das ist auch durchaus notwendig, um die Ueberleitung unserer Kriegswirtschaft in die kommende Friedenswirtschaft zu erleichtern und damit nicht unerheblichen Schädigungen unserer Volkswirtschaft von vornherein, soweit das überhaupt möglich ist, zu begegnen. Ueber die Ausfichten, denen wir in Deutschland entgegengehen, sind die Meinungen allerdings recht verschieden. Das ist aber auch verständlich, einmal schon deshalb, weil sich über die Friedensbedingungen heute noch nichts sagen läßt, dann aber auch, weil niemand im voraus wissen kann, in welchem Umfang es möglich sein wird, die verloren gegangenen Handelsbeziehungen auf dem Weltmarkt wieder herzustellen. Ohne umfassende Ausfuhr deutscher Erzeugnisse kann sich die Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft nicht durchführen. Unsere Industrie nicht allein, sondern unsere ganze wirtschaftliche Zukunft ist auf den Verkauf und die Ausfuhr deutscher Waren angewiesen. Von dieser Verkaufs- und Ausfuhrmöglichkeit ist die fernere Gestaltung unserer Volkswirtschaft wesentlich beeinflusst. Wir brauchen diese Verkaufs- und Ausfuhrmöglichkeiten, um den vielen Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten lohnenden Erwerb zu verschaffen. Ohne solche Möglichkeiten müßte die Zukunft, die Lebenshaltung und die Steuerfähigkeit der breiten Massen unseres Volkes außerordentlich herabgedrückt werden. Die Wiedergewinnung unserer Stellung auf dem Weltmarkt und deren weitere Ausdehnung darf deshalb wohl als eines der wichtigsten Kriegsziele angesehen werden. Es dürfte mindestens ebenso wichtig sein wie alles andere; hängt doch davon die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes ab, ohne die sich Deutschland in der Welt nicht behaupten kann.

Nun wird allerdings auch im Innern unseres Landes und für die Zwecke unserer eigenen Wirtschaft nach dem Kriege viel Arbeit vorhanden sein. Die Landwirtschaft muß in ihrer Produktion gesteigert werden, wenn wir vom Ausland in der Nahrungsmittelversorgung unabhängiger werden wollen. Daß wir eine solche größere Unabhängigkeit brauchen, hat der Krieg mit aller Deutlichkeit erwiesen. Unsere Vorräte an Vorratsgenständen sind aufgebraucht. Mit dem Friedensschluß und der Entlassung der Millionen aus dem Heeresdienst wird sich der Bedarf gewaltig steigern und die Herstellung von Vorratsgenständen aller Art viele Arbeitskräfte erfordern, ganz abgesehen davon, daß auch der Heeresbedarf an Kleidungsstücken einer Erneuerung und Ergänzung bedarf. Auf dem Baumarkt wird sich eine gesteigerte Nachfrage nach kleinen und mittleren Wohnungen bemerkbar machen, der durch die erforderlichen Neubauten Rechnung getragen werden muß, wenn die Wohnungsfrage nicht vernachlässigt und der Wohnungsmangel nicht zu einer drückenden Notlage werden soll. Der Bedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung wird somit nach dem Kriege nicht gering sein, sondern größer werden. Eine Deckung dieses Bedarfs ist jedoch nur dann möglich, wenn die Kaufkraft des Volkes auf der Höhe bleibt, das heißt, wenn keine Verringerung der Löhne und Gehälter eintritt, wenn aber auch die

erforderlichen Rohstoffe, die uns jetzt fehlen, wieder in unser Land hineingebrahrt werden können und der Kapitalmarkt genügende Geldmittel für diese Zwecke bereit stellen kann. Schon aus diesen Gründen hat die deutsche Arbeiterkraft ein großes Interesse an einem für uns siegreichen Ende dieses Krieges, ohne das wir den so notwendigen Aufschwung unserer Volkswirtschaft nicht erlangen können.

Weitere Arbeitsmöglichkeiten werden sich bieten beim Eisenbahn- und Straßenbahnbetrieb. Der Unterbau wie auch das rollende Material sind in der Kriegszeit derart abgenutzt worden, daß eine durchgreifende Wiederherstellung und Erneuerung durchaus geboten erscheint. Jetzt werden nur die allernotwendigsten Reparaturen vorgenommen, um den Betrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können. Mit geringen Ausnahmen steht der Automobilbetrieb heute ausschließlich im Dienst der Heeresverwaltung. Seine Wiedereinführung in die Privatwirtschaft muß nach Friedensschluß eine Belebung dieses Industriezweiges mit sich bringen, wenn uns die erforderlichen Rohstoffe, Gummi, Benzin etc. dann in genügender Menge zur Verfügung stehen. Das greift über auf unsere Werkzeugmaschinenindustrie. Was heute an Werkzeugmaschinen im Interesse des Heeresbedarfs im Betrieb ist, kann für die kommende Arbeit nur in beschränktem Maße noch Verwendung finden. Auch dieses Material ist aufgebraucht und verchlüffen, seine Erneuerung daher notwendig.

Unsere Kriegs- und Handelsschiffe bedürfen ebenfalls einer Erneuerung und Ergänzung, die ersteren, um unsere Kriegsflotte auf der Höhe zu erhalten, die zur ferneren Sicherung unseres Landes notwendig ist, die anderen, um den Abgang vernichteter und gekaperter Schiffe wieder auszugleichen. Zur Einführung der notwendigen Rohstoffe, Nahrungsmittel und Genußmittel können wir eine große Handelsflotte nicht entbehren. Die Zahl unserer Handelsschiffe hat sich durch die Kriegsereignisse bedeutend verringert. Sie muß wieder auf die Höhe gebracht werden, die zur Weiterführung unseres überseeischen Handels gehört. Einfuhr und Ausfuhr müssen in ein gesundes Verhältnis zu einander gebracht werden, und Aufgabe unserer Großkaufleute und Reedereien wird es sein, nach beendetem Krieg und nach der dann geschaffenen Lage die abgebrochenen Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, soweit das irgend möglich ist. Dazu muß auch unser See-Schiffbau helfen. Inwieweit sich nach diesem Kriege ein Handelskrieg entwickeln wird, bleibt vorläufig noch abzuwarten.

Die Voraussetzungen zu einer sogenannten guten Geschäftslage sind daher in verschiedenen Dingen insofern gegeben, weil ein großer Bedarf vorhanden sein wird, dessen Deckung als erforderlich gelten kann. Nach Ueberwindung der ersten, nicht unbedeutenden Schwierigkeiten, die bei Ueberleitung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft zweifellos entstehen werden, kann demnach eigentlich von einem Arbeitsmangel nicht die Rede sein. Die Frage ist nur, ob wir in Deutschland genügend Kapitalien zur Verfügung haben werden, um der erforderlichen Arbeit die Grundlagen zu verschaffen, auf denen sie tätig sein kann. Auch das wird mit von dem Ergebnis der Friedensbedingungen abhängen. Nebenfalls aber haben die Industrien und Gewerbe, die in der Kriegszeit Heereslieferungen zu erleben hatten, und auch die Landwirtschaft recht hohe Gewinne erzielt, mit denen sich nach dem Kriege schon etwas anfangen läßt. Daß diese Gewinne nicht brach liegen bleiben, sondern daß sie der Volkswirtschaft zuegeführt werden, ist eine unabweisbare Aufgabe. Wir sind

in der Kriegszeit gezwungen gewesen, Staatssozialismus einzuführen, und wir werden auch nach dem Kriege nicht gleich diese Wirtschaftsform abstreifen können. Das freie Spiel der Kräfte hat vorberhand aufgehört, die gemeinsame Not hat dieses Spiel beseitigt und eine Zwangsregelung an seine Stelle gesetzt, die auch nach dem Kriege noch eine geraume Zeit weiterzuführen sein wird.

Für die Arbeiterkraft ergibt sich daraus die erneute Erkenntnis über den Wert ihrer Organisationen. Diese werden in der ersten Zeit nach dem Kriege wieder die einzigen Quellen sein, aus denen die nicht geringe Zahl der Arbeitslosen Unterstützung zu ihrem Lebensunterhalt schöpfen kann. Sie werden darüber zu wachen haben, daß angemessene Löhne bestehen bleiben, die zum menschwürdigen Unterhalt der Arbeiterkraft ausreichen, daß ausreichende Nahrungsmittel zur Erhaltung der Arbeitskraft verfügbar und zu angemessenen Preisen käuflich sind. Mit einem Wort: die Arbeiterberufsorganisationen werden nach dem Kriege ihre ganze Kraft erneut auf entfalten haben, um ihren Zielen zur Förderung der Kulturbestrebungen und der Sozialpolitik näher zu kommen. Dazu gehört die weitere unablässige Werbung neuer Mitglieder in allen Gewerksvereinen, die Stärkung der Ueberzeugungstreue bei den vorhandenen Mitgliedern und die andauernde Förderung unserer Sache im allgemeinen. Das sind wir auch unseren Kämpfern draußen im Schützengraben schuldig.

Kriegswirtschaft.

Vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes
von Batocki.

Der Kampf zwischen der Richtung, die unser Kriegswirtschaftssystem der Beschlagnahme, Preisregulierung und Verteilung lieber heute als morgen beseitigen und der, die es in äußerster Liebertreibung bis zum letzten Punkt zwangsläufig ausfallen will, tobt in den letzten Wochen mit zunehmender Vehementheit in den Zeitungsblättern. Die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes hat, wie zu erwarten stand, beide extreme Richtungen in hohem Grade enttäuscht, sowohl die, die von ihm die möglichst baldige Beseitigung des „Ausmaßes von Verordnungen“ und die Herstellung des freien Verkehrs erwarteten, wie von denen, deren Erwartungen auf restlose Ausdehnung der Rationierung bis zur Pflaume und zum Kollaps herab womöglich unter blöhlischer und gewalttätiger Verabfolgung der Höchstpreise gingen. Ich stehe diesem Kampfe der Meinungen auch als unparteiischer Beobachter gegenüber, dankbar für jede Kritik und jeden Vorschlag, die sich praktisch verwerten lassen, betrübt über Entgleisungen nach der einen oder anderen Richtung, die in vor schnellem oder leichtfertigen, auf Einzelbeobachtungen gestütztem, nach Form und Inhalt über das Ziel schießen und zur weiteren Verschärfung der Gegensätze zwischen den Verfassenden und zur weiteren Herabsetzung des Ansehens der auf schwierigem Posten stehenden Kriegswirtschaftsstellen beitragen. Ein unparteiischer Beobachter kommt dabei zur Ueberzeugung, daß die Auffassung der wirtschaftlichen Dinge noch immer vielfach wenig kriegerisch ist. Ein Landwirt, der seinen Sohn willig dem Vaterlande hingibt, der selbst, wenn er es noch könnte, am liebsten in den Schützengraben ginge, gibt in der Zeitung in zwar unbeabsichtigt, aber tatsächlich aufreizender Form, seinem Vorgesetzten darüber Ausdruck, daß er für den Zentner Gerste 1 RM. weniger bekommt, als er gern haben möchte, daß ihm unter dem Zwange des gesteigerten städtischen Bedarfs mehr Kar-

toffeln fortgenommen werden, als er in der Wirtschaft glaubt entbehren zu können, daß sein Kops ihm nicht auf dem Hofe, sondern an der Empfangsstation abgenommen wird usw. Ein Städter, dessen Opferwilligkeit für den äußeren Kampf hinter der jenes Landwirts nicht zurücksteht, sieht im Wirtschaftskampfe in Rücken Elefanten, sieht Mißstände und Unbequemlichkeiten, die die Kriegsgelagebung oder deren örtliche Ausführung ihm bereitet, in übertriebener Größe. Er stellt sie so dar und bereitet dem Auslande Freude, die im Reiche erneut Reibungen zwischen den Berufsgruppen hervorrufen. Ohne jede Rücksicht auf volkswirtschaftliche Möglichkeiten wird aus Konsumentenkreisen ein plötzliches Umstößen der bisherigen Preisentwicklung gefordert, das die Ware vom Markt vertreiben und die Erzeugung lahm legen würde. Als Gipfel der Kritik zeigt sich in letzter Zeit in vermehrtem Umfange die Forderung eines staatlichen Produktionszwanges gegen die Landwirtschaft. Es soll durch die Behörden angeordnet werden, wieviel Vieh jeder halten muß, die viehschwachen Wirtschaften sollen behördlich verboten werden, die Anbauflächen von Velfrüchten, Hülsenfrüchten, bestimmten Getreidearten sollen bei jedem Landwirt behördlich bestimmt werden usw. Wenn Nichtlandwirte solchen Vorschlag machen, so ist das begreiflich, daß aber von Landwirten selbst in immer zunehmender Zahl diese Maßnahmen befürwortet werden, die den Ruin der so geknebelten Landwirtschaft herbeiführen müßten, ist kaum begreiflich.

Begreiflich mögen solche Stimmungsausbrüche bei der langen Kriegsdauer sein: etwas mehr Vernunft, etwas mehr Bemühung, die wirtschaftliche Notwendigkeit der anderen Berufsgruppen zu verstehen, etwas weniger agitatorische Aufmachung, vor allem auch weniger, wenn auch unbewußte planlose Verallgemeinerung und Aufschauung einzelner örtlicher Mißgriffe sollte sich im vaterländischen Interesse jeder, der über die Dinge schreiben und reden zu müssen glaubt, immerhin auferlegen. Das deutsche Volk, das Belastungsproben von außen und innen in so beispielloser Bewunderungswürdiger Weise getragen hat, wird schließlich auch die durch solche Art der öffentlichen Meinungsäußerung geschaffene weitere Belastungsprobe ertragen. Aber die, die daran mitarbeiten, sollten doch den Bogen dabei nicht überbannen und sich vor jeder Meinungsäußerung überlegen, ob sie wirklich kriegsmäßig ist, ob sie auf der für jede öffentliche Meinungsäußerung notwendigen allgemeinen Sachkenntnis beruht und ob sie geeignet ist, dem Vaterlande in der jetzigen ersten Situation zu nützen.

Wer für die Dinge in ganzen verantwortlich ist, muß sich trotz der Notwendigkeit der ständigen Fühlunghaltung mit allen Richtungen der öffentlichen Stimmung durch derartige Äußerungen sein eigenes Urteil nicht trüben lassen. Er muß den Weg, den er unter voller schwerer Verantwortlichkeit zu gehen hat, sorgsam überlegen, muß ihn dann aber, wenn es nötig ist, mit rücksichtsloser Energie zu Ende gehen. Unter in zwei Kriegsjahren geschichtlich gewordenen Kriegswirtschaftssystem, jetzt wo der Gegner auf allen Fronten militärisch und wirtschaftlich zum Entscheidungskampfe drängt, unauflöslich wäre Lorbeier oder Verbrechen. Die spätere Umschaltung in die Friedenswirtschaft muß als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben im Auge behalten werden. Aber nur als Zukunftsaufgabe. Vorläufig ist Konsequenz die Hauptsache und jede Halbheit schädlich. Unsere Vorräte und Erzeugungsmöglichkeiten reichen angesichts der besseren diesjährigen Ernte, trotz der verschärften Abschneidung der Zufuhr völlig aus, um bis zur neuen Ernte durchzuhalten. Sie reichen aber nur dann aus, wenn die laufende Erzeugung aufrecht erhalten und wenn beim Verbrauch noch jeder Sparsamkeit und hausväterlich umgegangen wird. Es ist falsch, sich einzubilden, daß die Ernte eine Refordernte ist. Das konnte sie bei der Knappheit an Arbeitskräften und Kunstbinder und bei den Folgen der vorjährigen Mißernte, die die diesjährige Bestellung beeinflusste, trotz der bewundernswürdigen Pflichttreue der Landbevölkerung, vor allem der allein-wirtschaftenden Kriegsernterinnen und der im allgemeinen günstigen Witterung nicht werden. Schon die Erzielung einer mittleren Friedensernte ist unter solchen Umständen eine hoch erfreuliche Leistung. Es ist ohne Sinn, zu behaupten, daß beim Fortfall mehrerer Millionen Tonnen an Kraftfutter, die das Ausland im Frieden liefert, auch nur annähernd ebenso viel Schweine gemästet werden können, wie im Frieden. Sollte man solchen Utopien nachjagen, so könnte es nur auf Kosten der direkten menschlichen Ernährung, auf Kosten der Versorgung mit Brotgetreide und Speisekartoffeln geschehen. Es ist ohne Sinn, für die Berechnung dieses Nahrungsbedarfes

Friedenszahlen zugrunde zu legen. Die vielfachen Mißgeschick der Kartoffelwirtschaft beruhen zum großen Teil darauf, daß man sich eingebildet hat, die Bevölkerung könne bei der Knappheit der übrigen Nahrungsmittel annähernd mit derselben Menge Kartoffeln auskommen wie im Frieden. — Zu welchen Folgen jede Halbheit in der Kriegswirtschaft führt, ergibt das betrübende Resultat der vorjährigen Zudermirtschaft. Da wir im Frieden großen Zuderrückgang haben, glaubte man, diese Ware frei laufen lassen zu können. Man ließ den menschlichen Verbrauch im freien Handel sich entwickeln und ließ daneben die Verfütterung von Zuder in unbeschränktem Maße zu, ja, man ermahnte die Landwirte zu reichlicher Zuderfütterung. Binnen wenigen Monaten war der nach Friedensbegriffen für das ganze Jahr reichliche Zudervorrat nahezu erschöpft. Man mußte sich, als es schon beinahe zu spät war, zur Beschlagnahme, zur scharfen Rationierung des menschlichen Verbrauchs und zur scharfen Beschränkung der Verfütterung entschließen und hatte doch so wenig Einmachzuder übrig, daß die Hauswirtschaft der tüchtigen einmachlustigen Land- und Stadtfrauen und die allgemeine Versorgung mit Obstkonserven für den Winter schwer gefährdet wurde.

(Schluß folgt.)

Kriegsanleihe und Arbeiterkraft.

Länger als 2 Jahre steht Deutschland in dem ihm von seinen Feinden aufgezwungenen Kampfe, deren Zahl sich in der letzten Zeit noch um zwei weitere vermehrt hat. So groß auch das Streben nach dem Frieden in unserem Volke sein mag, so sehr gilt es aber doch gerade jetzt durchzuhalten, wo die Feinde Deutschlands auf allen Fronten ihre ganzen, noch verfügbaren Kräfte einsetzen, um Deutschland zu schlagen und niederzubrechen. Wir dürfen unsere wackeren Truppen im Felde nicht im Stich lassen; sie brauchen nicht nur Waffen und Munition, sie brauchen auch Nahrungsmittel und Kleidungsstücke. Sie sollen aber auch sehen, daß diejenigen, die nicht in der Front stehen, die daheim geblieben sind, ihre wackeren Kämpfer im Felde nicht vergessen. Wir alle, die wir die Heimarmee bilden, haben jetzt die Pflicht, aufs neue dem Vaterland unsere Hilfe zu leisten, soweit wir dazu imstande sind. Es sind neue Geldmittel notwendig, die das Durchhalten ermöglichen sollen, die unseren Truppen neue Kräfte verleihen und den heutigen Feinden Deutschlands beweisen sollen, daß das deutsche Volk im Innern auch finanziell stark und kräftig genug ist, um sich seiner Widerwacker zu wehren zu können. Ein englischer Staatsmann hat kurz nach Ausbruch des Krieges gesagt, daß die silbernen Kugeln über den Ausgang des Krieges entscheiden werden. Wohlman denn, halten wir uns an diese Worte und beweisen wir durch die Tat, daß Deutschland noch lange nicht am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist, und daß es auch noch imstande ist, silberne Kugeln rollen zu lassen, zum Besten seines Landes, seiner Kultur und seiner Entwicklung.

An dieser Kriegsanleihe werden sich in erster Linie diejenigen beteiligen müssen, die über größere Geldmittel verfügen. Insbesondere alle die industriellen Werke, die jetzt hohe Kriegsgewinne erzielen. Aber darauf kommt es nicht allein an, sondern das feindliche Ausland und insbesondere England muß einsehen lernen, daß das deutsche Volk an sich als geschlossenes Ganzes für die Interessen des Vaterlandes einzutreten bereit ist. Nicht nur der Wohlhabende, sondern auch die mittleren Kreise und diejenigen unter der Arbeiterkraft, die hierzu in der Lage sind, sollen und müssen sich an der Kriegsanleihe beteiligen und ihre verfügbaren Gelder dem Vaterlande zur Verfügung stellen.

Die Furcht, als ob etwas dabei verloren gehen kann, ist unberechtigt. Deutschland hattet für diese Gelder und es wird nach Friedensschluß seine Verpflichtungen all denen gegenüber, die es in der Stunde der Not nicht im Stich gelassen haben, gewiß voll erfüllen. Abgesehen von der Bergabung, liegt es auch im Interesse eines baldigen Friedens, den Feinden Deutschlands zu zeigen, daß es noch Kraft genug besitzt, um sich seiner Gegner zu wehren

zu können. Nicht nur die Summe an sich, die jetzt zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist, muß aufgebracht werden, sondern auch die Zahl der Zeichner, die sich an der Kriegsanleihe beteiligen, muß immer größer werden, um so mit Nachdruck den heutigen Feinden Deutschlands vor Augen zu führen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gewillt ist, seine Selbstständigkeit zu behaupten und seinen Einfluß im Rate der Völker auch in der Zukunft aufrecht zu erhalten.

Der Geldmittel zur Verfügung hat, der deutsche Kriegsanleihe!

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 15. September 1916.

Der Zentralratsung am 8. September mochte in feldgrauer Uniform der Kollege Scheffler vom Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren bei und wurde vom Kollegen Hartmann bezüglich begrüßt. Dann wurde zur Wahl des 1. Vorsitzenden des Zentralrats geschritten, da Kollege Hartmann am 1. Oktober sein Amt als Verbandsvorsitzender antritt. Nachdem dieser seinen Dank ausgesprochen hatte für das ihm in 12jähriger Tätigkeit geschenkte Vertrauen, wurde Kollege Gleichauf einstimmig durch Zuruf zum Vorsitzenden des Zentralrats gewählt. Sodann erstattete Kollege Hartmann einen eingehenden Bericht über die Tagungen in Cöln. Nähere Mitteilungen sind darüber bereits im Verbandsorgan gemacht worden. In der Aussprache wurde der Wunsch geäußert, daß für die Zukunft die Gewerbevereine an derartigen Veranstaltungen stärker beteiligt sein möchten.

Mit Rücksicht auf verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit begründete Kollege Hartmann darauf folgende Entschliessung:

„Der Zentralrat des Verbandes der Deutschen Gewerbevereine (Birch-Dunker) beurteilt mit Entschiedenheit die wiederholten Nachschüssen jener unerantwortlichen Dunselkammer, die in Fabriken, Werkstätten und an anderen Orten Flugblätter verbreiten, durch die Zerspaltung und durchaus falsche Ansichten in die bisher einige Volksmasse hineingetragen werden.“

Die deutsche Arbeiterkraft kann und will nicht auf die Errungenleistungen verzichten, die sie im Laufe der Jahre nach mühevollen Ringen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, des Arbeitsrechtes, der Anerkennung und Gleichberechtigung im Volksgange, wenn auch teilweise nur in bescheidenem Maße, durchzusetzen vermochte. Sie müßte jedoch auf diese Errungenleistungen Verzicht leisten, sobald die verbrecherischen Pläne jener Dunselkammer verwirklicht würden und das deutsche Volk der Gnade über Ungnade seiner heutigen Widerwacker ausgeliefert würde, wie das in jenen Flugblättern zum Ausdruck kommt. Dann wären die Erfolge jahzehntelanger Kulturarbeit mit einem Schläge vernichtet und namenloses Elend über unser Volk und die deutsche Arbeiterkraft das Ergebnis.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine ist fest durchdrungen von der Überzeugung, daß die deutschen Arbeiter ihrer und des deutschen Volkes Sache und Zukunft am besten dienen, wenn sie wie bisher fest zum Gange stehen und für die entschlossene Durchführung des dem Deutschen Reiche aufgezwungenen Kampfes eintreten bis zur Erreichung eines Friedens, der Deutschlands Weltverkehr sicherstellt und auch für die Zukunft von Dauer sein muß.

Der Zentralrat erwartet aber auch von den verantwortlichen Stellen im Reiche, daß sie den berechtigten Wünschen auf eine erträgliche Gestaltung der Ernährungsverhältnisse für die Gesamtheit des Volkes Gehör schenken und daß sie ferner die Gleichberechtigung der Arbeiterkraft bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse und im öffentlichen Leben herbeiführen werden.

Er drückt den deutschen Frauen, die zu ihrer Arbeit für die Aufrechterhaltung des Familienlebens noch Arbeiten in der Volkswirtschaft übernehmen haben und unter schwierigen Verhältnissen die Erziehung ihrer Kinder, der Zukunft unseres Volkes, mit fester Hand leiten, ob ihnen die Sorge um das Leben des Vaters oder die Trauer um den Dahingegangenen das Herz auch schwer macht. Dieses stille Dedikament der Frauen wird das deutsche Volk nicht vergessen.

Der Zentralrat hält an diesen inneren Kriegszielen fest als Vorbedingung für eine entschiedene Sozialpolitik, die für ein gesundes, arbeitsames, tatensuchendes Volk unerlässlich ist.“

Z
nomin
Borlac
bände,
bungen
zur U
richt d
führen
schuß
aller
da der
völkern
R
anweife
der nei
Gemein
Ford
Kathau
lassen
Raab
erfenn
Tätigke
ter all

De
Sonnta
seine
Reben
ordnun
willkür
die Zen
wegung
sehr bel
ordentl
Ramen
Ausdruc
einem
wichtige
Segen
mögen.
die Gen
wünsche

Die
zum Re
lich zum
sehnlich
Gedichte
Sieg erl
untern
kommt er
abgedruc
halb sind
so schmer
durch de
und Nö
Tro
Bevölker
ten Herz
den selb
graben i
ben schil
Zweck al
ohnehin
das Her
nicht das
die Öff
die Hän
finden
Bilder
nur gest
hinabg
Stelle a
Mahnun
ihren K
wir dem
wirklich
nämlich

Die
trotz der
nisse auf
Waffen
Unroga
schritten
Jahre 1
Frau
und „W
Agitatio
ten sind
ziehen.
muß me
haben.
nis wege
tendu

Diese Entschliebung wurde einstimmig angenommen. Ebenso stimmte der Zentralrat einer Vorlage für ein Rundschreiben an die Ortsverbände, Ortsvereine und Freunde unserer Bestrebungen zu zur Sammlung eines freiwilligen Fonds zur Unterstützung von Gewervereinskandidaturen.

Den Schluß der Sitzung bildete ein kurzer Bericht des Kollegen Lewin aus dem geschäftsführenden Ausschuß. Der Anschluß an den Ausschuß für Fragen der Volksvermehrung wurde bei aller Sympathie für diese Bestrebungen abgelehnt, da der Verband bereits in der Gesellschaft für Bevölkerungspolitik vertreten ist.

Nachdem Kollege Sartmann weiter den anwesenden Hauptfassierern warm die Zeichnung der neuen Kriegsanleihe, soweit dies die Mittel der Gewervereine gestatten, empfohlen, und Kollege Jordan kurz über eine Besprechung im Berliner Rathaus zur besseren Regelung der Kriegsentlassenenfürsorge berichtet hatte, schloß Kollege Raab mit dem Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für seine arbeitsreiche und unparteiische Tätigkeit an den Kollegen Sartmann unter lebhafter allgemeiner Zustimmung die Sitzung.

Der Gewerbeverein der Bergarbeiter hält am Sonntag, den 24. September, in Oberhausen seine 12. ordentliche Generalversammlung ab. Neben den üblichen Berichten steht auf der Tagesordnung ein Vortrag über die Tätigkeit und Entwicklung des Gewerbevereins und ein solcher über die Zentralisationsbestrebungen in der Arbeiterbewegung. Somit ist die Tagesordnung nicht allzu sehr belastet. Trotz alledem wird sie von außerordentlicher Bedeutung sein. Wir können im Namen der Verbandsleitung nur dem Wünsche Ausdruck verleihen, daß die Verhandlungen von edelstem Gewervereinsgeiste getragen sind und die wichtigen Beschlüsse, die gefaßt werden, zum Segen unserer Gesamtorganisation ausschlagen mögen. Aus dieser Stimmung heraus heißen wir die Generalversammlung herzlich willkommen und wünschen ihr einen erspriechlichen Verlauf.

Die Stellung der Deutschen Gewervereine zum Kriege ist in zahlreichen Kundgebungen deutlich zum Ausdruck gekommen. Bei aller Friedenssehnsucht sind wir entschlossen, auszuhalten, bis ein Sicherheit und dauernden Frieden genähernder Sieg erkämpft ist. Diese Haltung ist begründet in unsern freiheitlich-nationalen Anschauungen. Sie kommt erneut zum Ausdruck in der an anderer Stelle abgedruckten Entschliebung des Zentralrats. Deshalb sind wir auch unbedingt bereit, durchzuhalten, so schwer auch weite Kreise unserer Mitglieder die durch den Krieg heraufbeschworenen Entbehrungen und Nöte tragen.

Trotzdem gibt es, wie in allen Schichten der Bevölkerung, auch bei uns Leute, die ihrem bedrückten Herzen dadurch Luft zu machen suchen, daß sie den selbigen Kollegen draußen im Schützengraben die Lage im Lande in den dunkelsten Farben schildern. Menschlich begreiflich ist dies, einen Zweck aber hat es nicht. Wozu denken, die draußen ohnehin hart genug zu kämpfen haben, nun noch das Herz schwer machen? Gebessert wird dadurch nicht das geringste. Wohl aber können solche Briefe, die oft genug noch Liebertreibungen enthalten, in die Hände unserer Feinde fallen. Beweise dafür sind genug vorhanden. Dadurch aber wird die Widerstandsfähigkeit unserer zahlreichen Gegner nur gestärkt und ihre Geneigtheit zum Frieden hinausgeschoben. Deshalb möchten wir von dieser Stelle an alle unsere Kollegen die eindringliche Mahnung richten, unsere selbigen Brüder mit ihren Klagen zu verschonen. Auch damit nützen wir dem Vaterlande und tragen indirekt zur Verwirklichung des Wunsches bei, der uns alle befeht, nämlich den Frieden schneller herbeizuführen.

Die Werbearbeit für unsere Organisation darf trotz der Schwere der Zeit und mancherlei Hindernisse auf keinen Fall ins Stocken geraten. Gute Kräfte im Kampfe gegen die Gleichgültigkeit der Unorganisierten bilden unsere neuesten Agitationschriften: Der Tätigkeitsbericht über die Jahre 1913-16 vom Kollegen Lewin, die Frauennarbeit und nach dem Kriege vom Kollegen Sartmann und Dr. Gaebel und „Was muß geschehen? Winke für die Agitation vom Kollegen Cieslik. Die Schriften sind zum Preise von 10 Wfa. pro Stück zu beziehen. Jeder Ortsverband und jeder Ortsverein muß mehrere Exemplare davon zur Verfügung haben. Die Bestellungen sind — der Postverkehrs wegen — unter gleichzeitiger Einlieferung des Betrages zu richten an den

Verbandskassierer, Kollegen Rudolf Klein, Berlin RD. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Ein Sozialdemokrat über die Friedensziele. Wir haben es uns aus naheliegenden Gründen bisher versagen müssen, etwas über die Friedensziele zu sagen, und wir erachten auch jetzt die Zeit zur eingehenden Erörterung der Friedensziele noch nicht für gekommen. Daß aber die Lebensbedingungen der Arbeiterchaft in der Zukunft von dem Ausgang des Krieges und von den Friedensabmachungen abhängig sind, bedarf wohl keiner Frage. Bei den so sehr von einander abweichenden Ansichten über die Friedensziele ist eine Klärung des sozialdemokratischen Abgeordneten Nordhänisch beachtenswert, die derselbe im „Vorwärts“ dem Zentralorgan der Partei veröffentlicht hat. In dieser Aufschrift an den „Vorwärts“ sagt Hänisch u. a.:

„Inwieweit wir wünschen und erstreben in der Tat aus voller Seele den Sieg des eigenen Landes, und es ist mir nur höchst bedenklich, wie der „Vorwärts“ sich über diese Selbstverständlichkeit auszuweisen kann. Mir wenigstens ist auch nicht ein Reichspolitiker bekannt, der dies unser Streben je geleugnet hätte. Was aber die viel berufenen „Annoxiionen“ betrifft, so habe ich für meine Person nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich im Interesse des deutschen Volkes und insbesondere der Arbeiterchaft eine weitgehende Sinausschiebung unserer Grenzen gegen Osten hin für ein höchst erstrebenswertes Kriegsziel halte (etwa bis zur Karerlinie, daneben haben wir auch die Schaffung eines unabhängigen Polen mit Freuden zu begrüßen). Nicht minder erstrebenswert erscheinen mir aber auch reale Sicherungen dagegen, daß Belgien auch künftig noch das Einfallstor Englands nach Mitteleuropa hin bleibt — soweit solche Sicherungen unter Aufrechterhaltung des staatlichen Eigenlebens des belgischen Volkes erreichbar sind. Wie ja überhaupt über die Durchsetzung aller Friedensziele das letzte Wort erst das militärische Endergebnis selbst sprechen wird! Es geht jetzt in der Tat nicht mehr, daß jeder einzelne seine Meinungen in diesen Dingen hinter allgemeinen und vieldeutigen Nebensarten versteckt. Darum erkläre ich rühmlich, daß nach meiner Auffassung die Friedensziele der Sozialdemokratie etwa in derselben Richtung zu liegen haben wie jene Friedensziele, die der Reichstagsler in seiner bekannten Rede vom 9. Dezember 1915 und später entwickelt hat.“

Inwieweit sich diese Äußerungen eines Einzelnen mit der Ansicht seiner Parteifreunde decken, wird sich wohl bald herausstellen. Nebenfalls sind auch in der sozialdemokratischen Partei die Ansichten über die Friedensziele geteilt. Aber die Äußerungen von Hänisch verdienen eine besondere Beachtung.

Der Deutsche Werkmeister-Verband (Sitz Düsseldorf), von dessen Mitgliedern 13 000 einberufen sind, zählte in den ersten beiden Kriegsjahren 2 252 000 Mk. Sterbegelder. Die Kriegserfahren und Kivigefangenen wurden mit 624 000 Mk. unterstützt. Außerdem erhielten die bedürftigen Mitglieder, Invaliden und Witwen, die durch den Krieg in Not gerieten, rund 1 040 000 Mk. Dazu kommen 211 000 Mk. Stellenlosen-Unterstützungen. Mit den Beiträgen der einberufenen Mitglieder, über deren Erlosch der am 10. Dezember nach Leipzig einberufene außerordentliche Delegiertentag beschließt, betragen die Leistungen des Verbandes und seiner Kassen in 24 Kriegsmonaten rund 5 Millionen Mark. Dazu kommen noch die besonderen Unterstützungen der Bezirksvereine, die bis Ende 1915 463 000 Mk. betragen. Die Gesamtleistung des Verbandes und seiner Vereine übersteigt also bei weitem 5½ Millionen Mark.

Ein Streik der Eisenbahner drohte in Amerika auszubrechen, der durch gesetzliche Zwangsmassnahmen des Kongresses verhindert worden sein dürfte. Nachdem der Kongress die Einführung des Achtstundentages für die Eisenbahner beschlossen hat, haben die Vertreter der Eisenbahner den Ausstandsbeschl rüdgängig gemacht. Hierüber wird in den Tageszeitungen berichtet, daß die Annahme des Gesetzes über den Achtstundentag, das zugleich die Eisenbahngesellschaften verbindet, die Löhne unter die des gegenwärtigen Nechstundentages herabzusetzen, von den Gewerkschaften für den bedeutendsten Sieg der amerikanischen Arbeiter-Organisation erklärt wird, da durch diesen Präzedenzfall ein Recht des Kongresses geschaffen wird, die Höhe der Löhne festzusetzen. Die Eisenbahndirektionen sagen dagegen, daß dies ein konfiskatorisches Verfahren sei, und man erwartet, daß sie einen Appell an den obersten Gerichtshof richten werden. Inzwischen würde aber die Präsidentenwahl vorüber und die politische Ernte der Will eingebracht sein. Im Publikum ist man unzufrieden, denn man sagt, daß eine Entschliebung von solcher Bedeutung nicht als eine Notmassregel getroffen werden dürfe, und

man glaubt, daß die Eisenbahngesellschaften sich für die höheren Löhne, die sie zahlen müssen, durch eine Erhöhung der Frachttarife schadlos halten würden. Andererseits herrscht Entrüstung darüber, daß die Eisenbahner dem Kongress loszulegen die Pistole vor die Brust gesetzt haben.

Gegen die Beschäftigung irischer Arbeiter in den englischen Munitionsfabriken ist eine Bewegung in England entstanden, die größeren Umfang anzunehmen scheint. Irland ist bekanntlich ein mit England vereinigtes Königreich. England und Irland bilden daher eine Monarchie, die jedoch dem irischen Volk als drückende Fessel erscheint. Man traut deshalb den Iren nicht recht und man will nicht, daß irische Arbeiter in England ihrem Broterwerb nachgehen. Die Ortsverbände der Grafschaft Wales haben gegen die Irlander Stellung genommen. Auf einer Tagung in Carmarthen wurde eine Resolution angenommen, in der dagegen protestiert wurde, daß 2000 Iren in den Munitionsfabriken von Südwales beschäftigt seien, und in der die Regierung aufgefordert wurde, dagegen Schritte zu unternehmen. Das ist echt englisch.

Der Kongress der englischen Gewervereine hat Anfang dieses Monats in Birmingham getagt. Die Zahl der anwesenden Vertreter der einzelnen Organisationen war größer als jemals vorher; sie betrug 650 von drei Millionen Mitgliefern. Von besonderem Interesse war die Stellung dieses Kongresses zu einer Einlabung des amerikanischen Arbeiterbundes. Dieser hatte vorgeschlagen, daß am Ort der Friedensverhandlungen ein internationaler Gewerkschaftskongress abgehalten werden solle. Dazu erklärten die Herren Engländer eine Teilnahme deutscher Vertreter der Gewerkschaftsbewegung für unmöglich und sie lehnten die Einlabung der Amerikaner ab. Thorne erklärte: „Es ist nicht möglich, daß die Abgeordneten von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien mit uns tagen, während wir über die Friedensziele verhandeln. Eine Beratung über den Frieden darf nicht stattfinden, ehe nicht Deutschland aus Frankreich und Belgien betrieben ist. Neunundneunzig Prozent der englischen Arbeiter würden sich gegen die gegenwärtige oder eine andere Regierung erheben, die Frieden schließen würde, bevor das geschehen ist.“

Nun wird der Frieden, der doch einmal kommen muß, nicht von dem Willen dieses Herrn Thorne abhängen; seine geschwollenen Redensarten und die Ablehnung der amerikanischen Einlabung durch den Kongress beweisen aber, wohin es mit dem Gedanken der internationalen Verbrüderung gekommen ist. Wir haben diesem Gedanken immer sehr ungläubig gegenüber gestanden, und der Krieg hat uns in diesem Unglauben leblich bestärkt. Die Erfahrung hat doch nun hinreichend bewiesen, was es mit dieser Verbrüderung auf sich hat. Gerade die Engländer sind es, die aus der Haut anderer Völker für sich Riemen schneiden wollen, und auch die englische Arbeiterchaft beifügt diese nationale Eiferschaft. Für uns wird es darauf ankommen, nach wie vor eine fortschreitende Besserung der Verhältnisse in eigenen Lande zu erstreben und dieses Streben erfordert gewiß Arbeit genug.

Beachtenswert sind aber auch die Ausführungen des Vorsitzenden dieses Kongresses. Er sagte: „Bei Friedensschluß wird ungefähr ein Drittel der ganzen Lohnarbeiterchaft durch Verringerung der Kriegserzeugung seine Stelle verlieren. Wenn nicht geeignete Vorbereitungen schon im voraus getroffen werden, ja, nicht schon getroffen sind, werden die Gewerkschaften schnell arm und Hunderttausende ihrer Mitglieder arbeitslos sein. Das wäre ein Augenblick schwerer Gefahr für die englische Industrie. Es ist zu fürchten, daß durch die Arbeitslosigkeit die bisherige Lebenshaltung herabgedrückt werde. Die Gewerkschaften werden den Kampf bis aufs Äußerste dagegen aufnehmen. Ich glaube, daß die Regierung sich der Gefahr bewußt ist, die mit der Entlassung von sechs oder sieben Millionen Menschen aus der Kriegsanbeit gegeben ist. Die große Aufgabe für die Zeit nach dem Kriege ist, der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Sobald die Kriegsverhältnisse die Arbeiterchaft nicht mehr binden, werden sie energisch für alle ihre früheren Rechte eintreten. Ein industrieller Frieden wird sich erst ergeben, wenn die Arbeiter zwar nicht am Verdienst wohl aber an der Verwaltung der Fabriken, in denen sie beschäftigt werden, teilnehmen. Die Arbeiter haben am Kriege teilgenommen, nicht um den deutschen Handel zu erobern, sondern aus idealen Beweggründen.“

Diese Ausführungen bezüglich der drohenden Arbeitslosigkeit haben schließlich für alle am Kriege beteiligten Länder Geltung, wenn wir auch nicht ganz so schwarz sehen, wie es hier zum Ausdruck kommt. Es ist daher auch für die deutschen Arbeiter notwendig, die Stärkung ihrer Organisationen

